

BR/GT I/55 d/70

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

Singer

REGIERUNGSKONFERENZ
UEBER DIE EINFUEHRUNG EINES
EUROPÄISCHEN PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Luxemburg, den 9. September 1970
BR/GT I/55/70

- Sekretariat -

ARBEITSGRUPPE I

ARBEITSUNTERLAGE

VORENTWURF EINES UEBEREINKOMMENS

UEBER EIN EUROPÄISCHES
PATENTERTEILUNGSVERFAHREN

Artikel 154, 155, 156, 157, 158, 158a, 159, 160,
161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169,
170 und 171

(vom Redaktionsausschuss überarbeitete Fassung)

Artikel 154

Beweisaufnahme

(1) In den Verfahren vor einer Prüfungsabteilung oder einer Beschwerdekammer können sich die am Verfahren Beteiligten folgender Beweismittel bedienen:

- a) persönliches Erscheinen der Beteiligten;
- b) Einholung von Auskünften und Vorlegung von Urkunden;
- c) Vernehmung von Zeugen;
- d) Begutachtung durch Sachverständige;
- e) Einnahme des Augenscheins.

(2) Die Prüfungsabteilung und die Beschwerdekammer können eines ihrer Mitglieder mit der Durchführung der Beweisaufnahme nach Absatz 1 beauftragen.

(3) Die Beschwerdekammer und das von ihr mit der Durchführung der Beweisaufnahme beauftragte Mitglied können Zeugen und Sachverständige beeiden, sofern sie dies für erforderlich halten.

[(4) Die Beschwerdekammer kann gegen einen Zeugen, der trotz ordnungsgemässer Ladung nicht erschienen ist, eine Geldbusse bis zu verhängen. Dieselbe Geldbusse kann auch gegen einen Zeugen verhängt werden, der ohne berechtigten Grund die Aussage oder die Eidesleistung verweigert. Die Geldbusse kann aufgehoben werden, wenn der Zeuge berechtigte Entschuldigungsgründe vorbringt.]

zu Artikel 154

/(5) Jeder Vertragsstaat behandelt eine vor dem Europäischen Patentamt begangene Eidesverletzung eines Zeugen oder Sachverständigen wie eine vor seinen eigenen in Zivilsachen zuständigen Gerichten begangene Straftat. Auf Anzeige des Präsidenten des Europäischen Patentamts verfolgt er den Täter vor seinen zuständigen Gerichten.]

(6) Beteiligte, Zeugen und Sachverständige können durch die Gerichte ihres Wohnsitzes vernommen werden. Zeugen und Sachverständige können durch die Gerichte ihres Wohnsitzes auch dann beeidigt werden, wenn das Ersuchen um Vernehmung von der Prüfungsstelle oder der Prüfungsabteilung gestellt worden ist.

Anmerkung zu Artikel 154:

Dieser Artikel wird zusammen mit Sachverständigen der Justizministerien erneut geprüft werden.

Artikel 155

Fristen

Ist in diesem Abkommen eine Frist vorgesehen, die vom Europäischen Patentamt zu bestimmen ist, so darf diese Frist auf nicht weniger als zwei Monate und nicht mehr als vier Monate festgesetzt werden. In besonders gelagerten Fällen kann die Frist vor deren Ablauf auf Antrag verlängert werden.

Artikel 156

Wiedereinsetzung in den vorigen Stand

(1) Der Anmelder, der durch höhere Gewalt verhindert worden ist, eine Frist einzuhalten, die er gegenüber dem Europäischen Patentamt zu wahren hat, wird auf Antrag wieder in den vorigen Stand eingesetzt, wenn die Verhinderung gemäss den Vorschriften dieses Uebereinkommens zur unmittelbaren Folge hat, dass die europäische Patentanmeldung oder ein Antrag zurückgewiesen wird, die europäische Patentanmeldung als zurückgenommen gilt oder der Verlust eines sonstigen Rechts oder der Verlust eines Rechtsmittels eintritt.

(2) Der Antrag ist innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Wegfall des Hindernisses einzureichen. Die versäumte Handlung ist innerhalb dieser Frist nachzuholen. Der Antrag ist nur innerhalb einer Frist von einem Jahr nach Ablauf der versäumten Frist zulässig. Im Fall der Nichtzahlung einer Jahresgebühr wird die in Artikel 120 Absatz 2 vorgesehene Frist in die Frist von einem Jahr eingerechnet.

(3) Der Antrag ist zu begründen, wobei die zur Begründung dienenden Tatsachen glaubhaft zu machen sind.

(4) Ueber den Antrag entscheidet die Stelle, die über die in Absatz 2 vorgesehene Handlung zu entscheiden hat. Die Entscheidung, mit der der Antrag abgelehnt wird, ist mit Gründen zu versehen.

(5) Dieser Artikel findet keine Anwendung auf die Fristen der Artikel 66 Absatz 3, 73 Absatz 1, 75 Absatz 1, 81 Absätze 4 und 5, 88 Absatz 2 und 94 Absatz 2.

zu Artikel 156

(6) Wer in einem der Vertragsstaaten in gutem Glauben die Erfindung, die Gegenstand einer veröffentlichten europäischen Patentanmeldung ist, in der Zeit zwischen dem Eintritt der Rechtskraft der Zurückweisung der europäischen Patentanmeldung oder dem Zeitpunkt, von dem an die europäische Patentanmeldung als zurückgenommen gilt und der Bekanntmachung der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand in Benutzung genommen oder wirkliche und ernsthafte Veranstaltungen zur Benutzung getroffen hat, darf die Benutzung in seinem Betrieb oder für die Bedürfnisse seines Betriebs unentgeltlich fortsetzen.

Artikel 157

Aufgebot

(1) Ist der Anmelder verstorben und können seine Erben nicht ermittelt werden, so kann das Europäische Patentamt nach Ablauf einer Frist von sechs Monaten, vom Todestag an gerechnet, durch Aufgebot öffentlich die Aufforderung an die Erben richten, innerhalb einer angemessenen Frist ihr Erbrecht an der europäischen Patentanmeldung geltend zu machen.

(2) Macht niemand sein Erbrecht rechtzeitig geltend oder weisen die Personen, die ein Erbrecht rechtzeitig geltend gemacht haben, ihr Erbrecht nicht innerhalb einer angemessenen Frist nach, so gilt die europäische Patentanmeldung als zurückgenommen.

Anmerkung:

Dieser Artikel wird zusammen mit Sachverständigen der Justizministerien erneut geprüft werden.

Artikel 158

Erfindernennung

- entfällt -

Artikel 158 a

Billigung der Fassung der Patentansprüche und des Patents

Bei Prüfung der Anmeldung oder des Patents und bei den Entscheidungen darüber hat sich das Europäische Patentamt an die vom Anmelder oder vom Patentinhaber vorgelegte oder gebilligte Fassung zu halten.

Artikel 159

Heranziehung allgemeiner Verfahrensgrundsätze

Soweit dieses Abkommen Vorschriften über das Verfahren nicht enthält, berücksichtigt das Europäische Patentamt die in den Vertragsstaaten allgemein anerkannten Grundsätze des Verfahrensrechts; fehlen solche Grundsätze, so zieht das Europäische Patentamt das Recht eines oder mehrerer Vertragsstaaten heran.

Anmerkung:

Dieser Artikel wird zusammen mit Sachverständigen der Justizministerien erneut geprüft werden.

KAPITEL II

OEFFENTLICHKEIT, ZUSTELLUNG UND AKTENEINSICHT

Artikel 160

Oeffentlichkeit des Verfahrens

(1) Die Anhörung vor der Prüfungsstelle und der Prüfungsabteilung ist nicht öffentlich.

(2) Die mündliche Verhandlung einschliesslich der Verkündung der Entscheidung ist vor den Beschwerdekammern und der Grossen Beschwerdekammer nach Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung, sowie im Einspruchsverfahren öffentlich, sofern die angerufene Instanz nicht in Fällen anderweitig entscheidet, in denen insbesondere für eine am Verfahren beteiligte Partei die Oeffentlichkeit des Verfahrens schwerwiegende und ungerechtfertigte Nachteile zur Folge haben könnte.

Artikel 161

Zustellung

Das Europäische Patentamt stellt von Amts wegen alle Entscheidungen und Ladungen sowie die Bescheide und Mitteilungen zu, durch die eine Frist in Lauf gesetzt wird oder für die die Zustellung in diesem Abkommen vorgesehen ist oder für die der Präsident des Europäischen Patentamts die Zustellung vorgeschrieben hat. Diese Zustellungen können, soweit dies erforderlich ist, durch Vermittlung der für den gewerblichen Rechtsschutz zuständigen Zentralbehörden der Vertragsstaaten bewirkt werden.

Artikel 162

Akteneinsicht

(1) Einsicht in die Akten europäischer Patentanmeldungen, die noch nicht gemäss den Artikeln [86 a] oder [96 Absatz 3] veröffentlicht worden sind, wird nur mit Zustimmung des Anmelders gewährt.

(2) Nach der ersten der gemäss den Artikeln [86 a] oder [96 Absatz 3] durchgeführten Veröffentlichung [sowie in dem in Artikel 117 Absatz 2 vorgesehenen Fall] wird Dritten auf Antrag Einsicht in diejenigen Teile der Akten gewährt, die sich unmittelbar auf das Verfahren zur Erteilung des europäischen Patents beziehen.

(3) Die Akteneinsicht nach den Absätzen 1 und 2 wird in das Original oder in eine Abschrift gewährt und ist von der Entscheidung der in der Gebührenordnung zu diesem Abkommen vorgeschriebenen Gebühr abhängig.

(4) Durch Absatz 1 wird das Europäische Patentamt nicht daran gehindert, Dritten gegenüber folgende Angaben zu machen und diese Angaben zu veröffentlichen:

- a) Nummer der europäischen Patentanmeldung;
- b) Tag der Einreichung der europäischen Patentanmeldung;
- c) Name des Anmelders;
- d) Bezeichnung der Erfindung;
- e) die gemäss Artikel [67] benannten Vertragsstaaten.

Artikel 163

Angaben über nationale Anmeldungen

(1) Der Anmelder ist verpflichtet, auf Verlangen der Prüfungsabteilung oder der Beschwerdekammer innerhalb einer von ihr zu bestimmenden Frist die Staaten anzugeben, in denen er nationale Patentanmeldungen für die Erfindung oder einen Teil der Erfindung eingereicht hat, die Gegenstand der europäischen Patentanmeldung ist, und die Aktenzeichen der genannten Anmeldungen mitzuteilen.

(2) Lässt der Anmelder eine Anfrage nach Absatz 1 unbeantwortet, so wird die europäische Patentanmeldung zurückgewiesen.

KAPITEL III

KOSTEN UND ZWANGSVOLLSTRECKUNG

Artikel 164

Kosten im Einspruchsverfahren

(1) Im Einspruchsverfahren trägt jeder Beteiligte die ihm erwachsenen Kosten selbst, soweit nicht die Prüfungsabteilung oder die Beschwerdekammer, wenn und soweit dies der Billigkeit entspricht, über eine Verteilung der Kosten, die durch eine Anhörung der Beteiligten oder eine Beweisaufnahme verursacht worden sind, anders entscheidet.

(2) Die Verteilung der Kosten wird in der Entscheidung über den Einspruch angeordnet. Es können nur die Kosten - einschliesslich der Vergütung für die Vertreter der Beteiligten - berücksichtigt werden, die zur zweckentsprechenden Wahrung der Rechte notwendig waren.

(3) Die Prüfungsstelle setzt auf Antrag den Betrag der Kosten fest, die aufgrund einer Entscheidung über die Verteilung zu erstatten sind. Dem Antrag sind eine Kostenberechnung und die Belege beizufügen. Der Antrag ist erst zulässig, wenn die Entscheidung, aufgrund deren die Festsetzung der Kosten beantragt wird, rechtskräftig ist. Zur Festsetzung der Kosten genügt es, dass sie glaubhaft gemacht werden.

Artikel 165

Kosten im Beschwerdeverfahren

Artikel 166

Kosten im Zwangslizenzverfahren

Artikel 167

Kosten im Nichtigkeitsverfahren

Artikel 168

Kosten im Feststellungsverfahren

Artikel 169

Armenrecht

- entfallen -

Artikel 170

Vollstreckung von Kosten und Geldbussen

(1) Die Entscheidungen des Europäischen Patentamts über die Festsetzung der Kosten des Verfahrens und über die Erhebung einer Geldbusse sind vollstreckbare Titel; dies gilt nicht gegenüber Staaten.

(2) Die Zwangsvollstreckung erfolgt nach den Vorschriften des Zivilprozessrechts des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet sie stattfindet. Die Vollstreckungsklausel wird nach einer Prüfung, die sich lediglich auf die Echtheit des Titels erstrecken darf, von der nationalen Behörde erteilt, welche die Regierung jedes Vertragsstaats zu diesem Zweck bestimmt und dem Europäischen Patentamt benennt.

(3) Sind diese Formvorschriften auf Antrag des die Vollstreckung betreibenden Beteiligten erfüllt, so kann dieser die Zwangsvollstreckung nach nationalem Recht betreiben, indem er die zuständige Stelle unmittelbar anruft.

(4) - entfällt -

Anmerkung:

Dieser Artikel wird zusammen mit Sachverständigen der Justizministerien erneut geprüft werden.

KAPITEL IV
VERTRETUNG

Artikel 171

Berufsmässiger Vertreter

(1) Vorbehaltlich Absatz 5 kann die Vertretung natürlicher und jurischer Personen in Verfahren vor dem Europäischen Patentamt nur durch natürliche Personen wahrgenommen werden, die in eine beim Europäischen Patentamt geführte Liste eingetragen sind.

(2) In die Liste kann jede Person eingetragen werden, die ihren Geschäftssitz im Gebiet eines der Vertragsstaaten hat und die gemäss einer Bescheinigung der nationalen Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz dieses Vertragsstaates befugt ist, die berufsmässige Vertretung auf dem Gebiet des Patentrechts vor dieser Behörde auszuüben. Die Eintragung erfolgt auf Grund eines Antrags, dem die oben genannte Bescheinigung beizufügen ist, aus der sich der Umfang der Vertretungsbefugnis ergeben muss.

Anmerkung zu Absatz 2:

Die französische Delegation wird der Gruppe einen ergänzenden Vorschlag zur Prüfung unterbreiten.

(3) Unterliegt in einem Vertragsstaat die Vertretungsbefugnis nicht dem Erfordernis einer besonderen beruflichen Befähigung, so müssen die Antragsteller, die die Vertretung auf dem Gebiet des Patentrechts vor der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz dieses Staats wahrnehmen, diese Vertretung mindestens fünf Jahre lang regelmässig ausgeübt haben. In einem solchen Fall muss sich aus der im vorhergehenden Absatz genannten Bescheinigung ergeben, dass der Antragsteller diesem Erfordernis entspricht.

zu Artikel 171:

(4) Die Vertreter, die in die in Absatz 1 vorgesehene Liste eingetragen sind, dürfen vor dem Europäischen Patentamt die Vertretung nur in dem Umfang wahrnehmen, in dem sie gemäss der in Absatz 2 vorgesehenen Bescheinigung die Vertretung auf dem Gebiet des Patentrechts in dem Vertragsstaat wahrnehmen können, in dem sie ihre Tätigkeit ausüben.

(5) Die Vertretung vor dem Europäischen Patentamt kann auch von jedem Rechtsanwalt, der in einem der Vertragsstaaten zugelassen ist und seinen Geschäftssitz in diesem Staat hat, in dem Umfang wahrgenommen werden, in dem er in diesem Staat die Vertretung auf dem Gebiet des Patentrechts ausüben kann.

Anmerkungen:

(1) Der Staat, in dem das Europäische Patentamt seinen Sitz hat, muss rechtzeitig die erforderlichen Massnahmen treffen, damit Vertreter, die Staatsangehörige eines anderen Vertragsstaates sind, in dem Staat, in dem das Amt seinen Sitz hat, einen Geschäftssitz haben können.

Die Arbeitsgruppe wird noch eine entsprechende Bestimmung ausarbeiten, die in das Uebereinkommen aufzunehmen ist.

(2) Dieser Artikel wird erneut geprüft werden, wenn die Stellungnahme der interessierten Kreise vorliegt.
